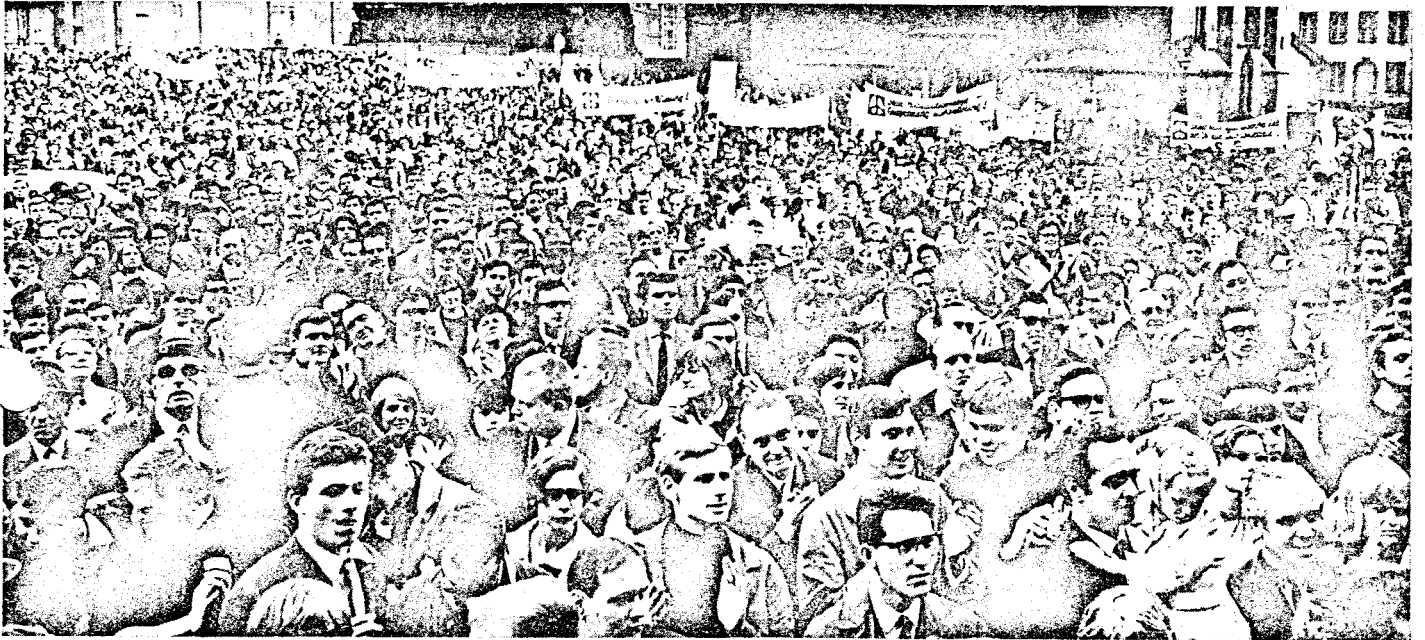




INFORMATIONEN ÜBER DIE KAMPAGNE



Vor mehr als zwanzig Jahren haben wir eine Erfahrung gemacht. Die Erfahrung hieß: Wer nicht aufpaßt, der wird betrogen. Wer nicht genau nachdenkt, der landet im Dreck. Wer den alten Machthabern die Macht läßt, bleibt ohnmächtig.

Mit dieser bitteren, aber genauen Erfahrung saßen wir alle damals zusammen im gleichen Zug. Unser Zug hatte kein Dach, keine Fenster, keinen einzigen warmen, sicheren Platz. Unser Zug war schmutzig. Wer ihn kommen sah, konnte meinen, das sei Vieh, was da fährt. Aber das war kein Vieh. Das sind wir. Betrogene Leute. Aber Leute mit einem harten, sehr einfachen Plan.

Der Plan hieß: Jetzt soll Frieden bleiben. Wir wollen leben. Wir wollen endlich in Frieden leben mit allen Menschen zusammen.

Und der Plan hieß: Wir bauen einen neuen Zug. Wir alle zusammen. Und der Zug soll ein festes Dach haben gegen den Regen, und Fenster für die Sonne. Und im Zug soll es einen sicheren Platz geben für jeden, der Frieden haben will und ein langes, vernünftiges Leben.

Wer noch einmal Krieg vorbereitet, bekommt keinen Platz bei uns. Wer noch einmal sein Geschäft, oder sein Gebet, mit dem Krieg machen will, soll verschwinden, endgültig. Das war unser Plan. Zwanzig Jahre ist er jetzt alt. Wo ist jetzt unser Plan? Wir haben ihn uns ausreden lassen. Wir haben uns wieder den alten Unsinn aufschwätzen lassen, das Gerede von der Weltgefahr, das Tam-Tam von den höchsten Gütern.

Wir haben uns Angst einjagen lassen von den alten Angstmachern. Von wem? Von Machthabern, die genau wissen, daß ängstliche Leute besser gehorchen als mutige. Das ist der alte Trick, Jahrtausende alt: Ordnung muß sein — Gehorsam muß her — Die Fahne hoch!

Man hat schon sehr bald nach 45 diesen uralten Trick auf uns alle in Anschlag gebracht. Und es hat leider geklappt. Unser Mut, einen neuen Zug zu bauen, unsere Hoffnung auf Frieden ist jämmerlich klein geworden. Und unsere Angst vorm Schwarzen Mann ist schon wieder so groß wie bei ganz kleinen Kindern. Warum?

Wir haben nicht aufgepaßt. Warum nicht? Unsere Arbeit, Tag und Nacht, am neuen Zug, hat uns abgelenkt. Wir haben uns eine blanke, kräftige Lokomotive gebaut, das stimmt. Und feine weiche Sessel haben wir in die Waggon geschleppt, möglichst für jeden einen. Und im Speisewagen gibt es für beinahe jeden zu jeder Zeit leckere Sachen. Unsere vielen kleinen privaten Dinge sind uns ganz munter und ganz appetitlich gelungen, das stimmt.

Aber draußen? Und vorn? Wohin fährt eigentlich der Zug? Wer stellt die Weichen? Woher kriegen wir den Treibstoff? Wer sorgt für den festen Gleisbau? Wer sitzt vorn? Wir? Warum nicht? Ist das unser Zug oder nicht?

Wir von der Kampagne sind der Meinung, es ist unser Zug. Wir haben deshalb vor, darauf zu achten, daß er nicht noch einmal

ausbrennt; daß er nicht noch einmal über falsch gestellte Weichen in totes Gelände abstürzt; daß der Gleisbau das Gewicht unseres Zuges und seine Geschwindigkeit aushält. So ein Vorhaben zwingt, nach Leuten zu suchen, die das gleiche vorhaben.

Wir von der Kampagne suchen Leute, die mit uns zusammen für die Verwirklichung dieses Vorhabens ihren Kopf und ihren Mut einsetzen. Also Leute, die Lust haben, sich um den Zugführer zu kümmern, also um das Kommando im Zug und das Ziel der Reise. Also Leute, die keine Angst haben vor Uniformen und sonstigen Ewigen Werten.

Wir von der Kampagne suchen Leute, die Lust haben, den technischen Apparat der Fahrt zu durchschauen. Also Leute, die Lust haben auf Demokratie, auf kritische Mitarbeit bei der vernünftigen, also friedlichen Organisation unserer gesellschaftlichen Verhältnisse.

Vor allem aber suchen wir Köhner. Also Leute, die den Mut haben, den Gleisbau, also die materiellen Grundlagen unserer gesellschaftlichen Entwicklung, zu durchschauen. Also Leute, die ohne Rücken-deckung bei Vater und Großvater alles anpacken, was unten falsch und faul ist. Also Leute, die imstande sind, neue Grundlagen auszudenken und einzurichten.

Prüfen Sie bitte, ob Sie zu den Leuten gehören, die wir suchen. Wenn Sie meinen, das könnte klappen, dann sagen Sie uns, wo wir Sie finden. Christian Geißler

(Erschienen
wahrscheinlich 1967)

FÜR ABRÜSTUNG

Nein zur Bombe Ja zur Demokratie

Immer weitere Kreise der Bevölkerung erkennen, daß die Nachkriegspolitik der Bundesrepublik, die Politik der Stärke, zusammengebrochen und ein sachlicher Wechsel der Politik unausweichlich ist. Die Krise um die Person Erhard illustrierte nur diesen Tatbestand. Die Politik der Stärke war durch den Eintritt der Bundesrepublik in den Kreis der militärischen Großmächte, den „Kalten Krieg“ bis zur Denkfähigkeit und den Griff nach der Mitverfügung über Atomwaffen unter Berufung auf nationales Prestige charakterisiert. Die deutschen Probleme sollte sie im roll-back-Verfahren lösen. In Wirklichkeit erreichte sie nur eine weitgehende Isolierung der Bundesrepublik von ihren westlichen Verbündeten. Die durch den Weltkrieg II für Deutschland entstandenen Probleme blieben weiter denn je von einer ernsthaften und sachdienlichen Behandlung entfernt. Die Staatsfinanzen wurden zerrüttet und die Regierung selbst bedroht schließlich die Demokratie durch Notstandsgesetze. Entspannung, Abrüstung, stabile Friedenssicherung blieben, so weit davon die Rede war, Schlagworte der Propaganda.

Aus dieser Zeit der Unsicherheit und der Neu-Orientierung erwächst stärker denn je die Frage nach Möglichkeiten für eine Politik der stabilen Sicherheit und der dauerhaften Entspannung und nach dem möglichen Beitrag der politischen Organisationen zu einer solchen Politik. Mir scheint, die Kampagne für Abrüstung kann einen beträchtlichen Beitrag zu einer solchen Politik leisten, und dies gerade, weil sie eine außerparlamentarische Bewegung ist. Sie kann ihre Aufgaben ohne taktische Rücksichten wahrnehmen und konsequente Meinungsbildung betreiben. Mit dieser Sondernummer unserer INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG wollen wir allen, die an der Kampagne interessiert sind, Struktur, Arbeitsweise und politische Zielsetzung unserer Kampagne darstellen. In der Kampagne haben sich Bürger unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Auffassungen auf bestimmte vordringliche politische Forderungen geeinigt und zu ihrer Durchsetzung verbündet. Gemeinsam ist ihnen allen das Mißtrauen gegenüber veralteten Schablonen eines militärischen Freund-Feind-Denkens und der Wunsch, unter den Bedingungen des Atomzeitalters neue Wege einer internationalen Friedensordnung zu finden. Die Kampagne arbeitet unabhängig von den Parteien, sie ergreift auch nicht Partei im „Kalten Krieg“. Sie beurteilt Fortschritte wie Rückschritte in Sachen Abrüstung auf allen Seiten und bei allen Staaten nach dem gleichen Maßstab. Am Beginn der Kampagne stand der Ostermarsch. Er ist ein wichtiges, aber nicht das einzige Mittel der Kampagne, die auf vielfältige Weise aufmerksam machen und unterrichten will. Zu ihren Mitteln gehören die Demonstration, der Protest, und wenn notwendig der Widerstand gegen gemeingefährliche Entwicklungen, aber auch die Verbreitung von Informationen, die Diskussion und Ausarbeitung von konkreten Vorschlägen für eine Abrüstungspolitik, die

ständige Aufklärungsarbeit bei einzelnen, bei Institutionen und Organisationen. Noch immer sind keine entscheidenden Schritte zur Abrüstung getan, im Gegenteil, atomare Rüstung und Wettrüsten breiten sich weiter aus. Kennedy hat einmal gesagt, eine Strategie des Friedens habe nur dann Erfolgchancen, wenn der fordernde und förderliche Druck der breiten Öffentlichkeit die Politiker beeinflusse. Genau hier sieht die Kampagne ihre Funktion. Wir können der Entspannung, der Abrüstung und einer stabilen Friedenssicherung näherkommen, wenn alle diejenigen, die der Sache der Kampagne zustimmen, die Kampagne zu ihrer Sache machen. Andreas Buro

Gegen die Kontinuität des Irrtums

Als in Bonn die Regierung Erhard gegen die Regierung Kiesinger ausgewechselt wurde, meinte der in der Welt angesehene Wissenschaftler und sozialdemokratische Politiker Fritz Baade, das Urteil über die neue Regierung müsse davon abhängig gemacht werden, ob diese in der Lage sei, sich von drei katastrophalen Illusionen der bisherigen westdeutschen Außen- und Militärpolitik zu trennen. Diese Illusionen seien:

„1. Die Illusion, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands auf Grund einer Politik der Stärke möglich ist ...

2. Die Illusion, daß nur eine starke Rüstung uns militärische Sicherheit geben kann. Die Wahrheit ist, daß wir Sicherheit nicht durch Aufrüstung, sondern nur durch eine paritätisch zwischen Ost und West vereinbarte und beiderseits kontrollierte Abrüstung erlangen können.

3. Die Illusion, daß das Defizit im Bundeshaushalt ohne Rüstungsbeschränkung beseitigt werden kann.“

Leider können wir nicht feststellen, daß die neue Bonner Regierung diesen Anforderungen genügt. Gewiß — das Kabinett Kiesinger hat, wohl durch den Einfluß der Sozialdemokraten, einige wenige positive Modifikationen der Außenpolitik vollzogen, und es ist seit der Großen Koalition in Bonn viel von Entspannungspolitik die Rede. Aber in den entscheidenden Fragen hat sich kein neuer Kurs durchsetzen können: Die neue Regierung sprach nicht (wie die SPD es vor der Regierungsbildung vorgeschlagen hatte) den Verzicht auf Mitbesitz an Atomwaffen aus, — sie distanzierte sich nicht (wie das etwa De Gaulle seit langem tut) von der Vietnam-Politik der USA, — sie verzichtete nicht auf die weitere innenpolitische Militarisierung durch Notstands- und Stabilisierungsgesetze und sie setzte kein neues, defensives und kostensparendes Verteidigungskonzept an die Stelle der ruinösen und explosiven „Vorwärtsstrategie“.

Die verbale Anpassung des neuen Kabinetts an die Politik einer internationalen Entspannung, verursacht vor allem durch die dringlichen Wünsche der westlichen Verbündeten der Bundesrepublik, bedeutet demnach offensichtlich keine neue Politik

in der Substanz. Der Versuch, sich durch zaghafte kleine Korrekturen aus der Misere der bisherigen Politik herauszuretten, ist kaum aussichtsreich, er führt nur dazu, daß solche Neuerungen als erzwungen, weltpolitisch abgenötigt erscheinen und so das internationale Mißtrauen gegenüber der Bundesrepublik berechtigterweise wachhalten und andererseits rechtsradikale Strömungen in der Bundesrepublik verstärken. Unsinnig geradezu aber ist der Gedanke, man könne für verbale Entspannungsdeklarationen westdeutscherseits nun bedeutsame „Gegenleistungen des Ostens“ einhandeln. Hier werden alte Illusionen durch neue ersetzt und produzieren im sicheren Fall ihres Scheiterns auch wieder neue Ressentiments.

Aber vielleicht gibt es in und hinter der Regierung Leute, die genau dies wünschen? Franz Josef Strauß (der „starke Mann“ in der CDU/CSU), Baron von Guttenberg (den Kiesinger sich als Staatssekretär im Kanzleramt wünschte) und andere maßgebliche Vertreter der CDU/CSU haben keinen Zweifel daran gelassen, daß für sie der Kalte Krieg eigentlich erst richtig beginnt. Sie wollen sich die „Option auf eine europäische Atommacht“ offenhalten. Sie denken an eine westeuropäische Union (nach De Gaulle) mit eigener Atomwaffe, in die Bundesrepublik industriell, politisch und militärisch den Ton angibt. Die „Formierte Gesellschaft“ in der Bundesrepublik soll zunächst die Voraussetzungen dafür schaffen. Und von dieser westeuropäischen Basis aus wollen sie — das haben sie offen genug ausgesprochen — die osteuropäischen Staaten aus dem kommunistischen System „herausbrechen“, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges revidieren und die Sowjetunion schließlich „zur Kapitulation ohne Krieg“ (aber mittels militärpolitischer Pressuren) bringen.

Das psychologische Vehikel einer solchen Politik auf lange Sicht ist der neu entfachte Nationalismus in der Bundesrepublik, der einer längst eingeübten Todfeindideologie gegenüber dem Osten nun eine Dolchstoß- und Verratslegende gegenüber den westlichen Verbündeten der Bundesrepublik hinzufügt und daraus neue Vormachtansprüche Westdeutschlands in Europa ableitet. Hier wird eine fatale Kontinuität deutscher Politik von 1914 über 1939 bis 1967 deutlich. Es ist die Kontinuität des militärischen Machtwahns, des irrealen Großmachttraums, der völligen Verknennung der weltpolitischen Gegebenheiten, des bewußten Kriegsrisikos. Und deshalb hat die Kampagne für Abrüstung, die Teil einer internationalen Bewegung ist, in der Bundesrepublik eine besonders dringliche Aufgabe. Sie muß gegen die Kontinuität des Irrtums wirken, solange, bis Regierungsverantwortung endlich auch bei uns verantwortliche Politik bedeutet. Arno Klönne

Sonderausgabe der
INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG
Herausgeber: Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner.
Verantwortlich: Dr. Andreas Buro, 806 Dachau, Schwarzhölzstraße 20, Telefon 56 86.
Redaktion: Christel Beilmann, 463 Bochum, Kettelerstraße 14, Telefon 3 52 10.
Vertrieb und Bestellungen: Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Telefon 88 60 51.
Bezugspreis: jährlich DM 8,— einzuzahlen auf; Kampagne für Abrüstung, Zentraler Ausschuß, Offenbach, Postscheck-Konto 62 55, PSA Frankfurt/M. Erscheinungsweise 12mal jährlich. —
Druck: Schürmann & Klaggas, Bochum.

Forderungen der Kampagne für Abrüstung

*Keine Atomwaffe
in der Bundeswehr*

Im Ostermarschaufzug 1960

„Widerstand gegen atomare Kampfmittel jeder Art und jeder Nation.“

Im Ostermarschaufzug 1961

Herstellung, Erprobung und Lagerung von Atomwaffen — gleich an welchem Ort und in welcher Hand — sind eine Bedrohung des Lebens dieser Welt. Im Namen der Vernunft und der Menschlichkeit wenden wir uns daher an alle Regierungen in Ost und West, auf jede militärische Verwendung der Atomenergie zu verzichten. Wir appellieren an unsere Bundesregierung, durch Verzicht auf eine atomare Aufrüstung der Welt ein Beispiel zu geben.

Im Ostermarschaufzug 1962

Sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche.

Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen.

Vereinbarungen über die Bildung atomwaffenfreier Zonen.

Allgemeine kontrollierte Abrüstung und Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen.

... wir fordern für Deutschland

Verzicht auf atomare Bewaffnung in ganz Deutschland.

Verzicht auf die Stationierung atomar gerüsteter Truppen auf deutschem Territorium. Vereinbarung über eine von den Großmächten und der UNO garantierte atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.“

Im Ostermarschaufzug 1963

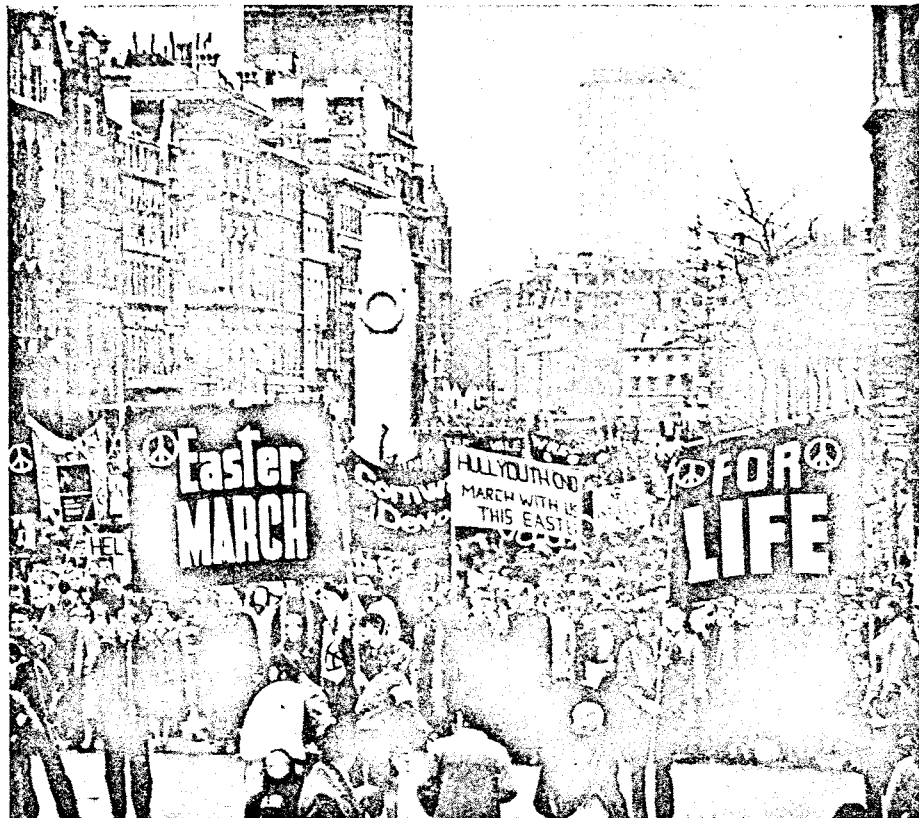
„Die Forderung nach einer Entspannungszone in Mitteleuropa werden die unabhängigen Atomwaffengegner in aller Welt im Jahre 1963 in den Mittelpunkt ihrer Aktionen stellen. Der Ostermarsch 1963 steht unter dem Motto:

Mitteleuropa — atomwaffenfrei

Mitteleuropa — militärisch verdünnte Entspannungszone

Mitteleuropa — Brücke zwischen Ost und West

Ein neuer Krieg in Mitteleuropa, gleichgültig ob Verteidigungs- oder Angriffskrieg, wäre das Ende der Existenz unseres Volkes. Es muß daher in unserem Lande alles vermieden werden, was den politischen und militärischen Konfliktstoff in Mitteleuropa verschärft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat auf seinem Kongreß in Hannover die



Bundesregierung und die politischen Parteien aufgefordert, eigene Initiativen zur Abrüstung zu ergreifen und auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verzichten. Dieser Forderung stimmen wir zu.“

Im Ostermarschaufzug 1964

„Die Einstellung der Atomwaffentests ist vereinbart und weitere Entspannungsabkommen bahnen sich an. Damit wächst die Hoffnung, daß der atomare Krieg verhindert und der Friede erhalten werden kann. Die Völker atmen auf: Der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre ist Einhalt geboten — ein erster Schritt zur umfassenden und kontrollierten Abrüstung ist getan!“

Diese Abkommen sind ein Zeichen der Einsicht jener Politiker, die einen Anfang gemacht haben, sie sind ebensowohl ein Erfolg jener Millionen von Menschen in vielen Ländern, die seit Jahren gegen die atomare Rüstungspolitik auftreten.

Der Friedensplan des Generalsekretärs der UNO zeigt den Weg, auf dem weitere Fortschritte der Abrüstungspolitik möglich sind. Dieser Plan sieht vor:

Beendigung der Atomwaffentests auch unter der Erde

Verbot der Verwendung von Nuklearwaffen im Kriege

Maßnahmen zur Verhütung von Überraschungsangriffen

Verträge über atomwaffenfreie Zonen.

Dieser Plan muß Wirklichkeit werden!

Wir erklären: Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik: dem Frieden der Welt zu dienen. Eine Politik der Abrüstung in Mitteleuropa kann verhindern, daß der demokratische Stil unseres Landes durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen abgebaut wird.“

Im Ostermarschaufzug 1965

„Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland richten wir unsere Forderungen nach einer Politik der Abrüstung insbesondere an die Regierung und das Parlament unseres Landes. Die Regierung der Bundesrepublik ist offensichtlich bestrebt, durch Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht oder auf andere Weise der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näherzukommen. In Ost und West wächst neues Mißtrauen gegenüber unserem Land, wächst die Furcht vor einer von Atomwaffen gestützten deutschen Machtpolitik. Der atomare Rüstungsstolz der Bundesregierung stört die internationalen Abrüstungsbemühungen, vergrößert das Risiko eines nuklearen Konfliktes, versperrt jeden Weg zur Entspannung, Verständigung und Wiedervereinigung in Deutschland. Die Rüstungspolitik führt zur Militarisation des öffentlichen Lebens, zu der Tendenz, Bürgerrechte durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen — wie die Notstandsgesetze — einzuschränken. Der Plan eines Gürtels von Atomminen quer durch Deutschland hat den selbstmörderischen Charakter jeder Atomrüstung in Deutschland offenbar gemacht. Ziel einer deutschen Politik muß es sein, die Demokratie und den Frieden zu sichern. Nur eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen entspricht den Interessen unseres Landes. Nur eine Politik der Entspannung gibt uns die Möglichkeit, die materiellen und geistigen Kräfte unseres Volkes für kulturelle und soziale Ziele einzusetzen. Deshalb schlagen wir vor:

■ Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen

● Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen — keine Atomwaffen auf deutschem Boden!

● Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung — Mitteleuropa atomwaffenfrei!“

Im Sofortprogramm für die BRD und im Ostermarschaufzug 1966

„Die Steigerung der Rüstung und insbesondere die Einbeziehung in atomare Waffensysteme schaffen gerade in jenen Räumen erhöhte Kriegsgefahr, die an den Nahtstellen unterschiedlicher politischer Systeme liegen. Zugleich versperren militärische Spannungszustände den Weg zu politischen Lösungen der bestehenden Konflikte. Diese Feststellung trifft heute nicht zuletzt für Mitteleuropa zu; hier liegt einer der Krisenherde der Weltpolitik, in denen der Rüstungswettlauf zu einem dritten Weltkrieg führen kann. Angesichts dieser Situation wird, wiederum quer durch die politischen Systeme, immer dringlicher die Forderung erhoben, zunächst in geographisch begrenzten Räumen ein System effektiver Sicherheit durch Rüstungsbeschränkung zu schaffen, das keiner Seite einseitige militärische Vorteile gibt. Regionale Rüstungsbeschränkung, die militärisches Potential auf beiden Seiten gleichermaßen herabsetzt, kann auch Wege zur allgemeinen und weltweiten Abrüstung eröffnen.

Pläne für eine Politik der regionalen Abrüstung in Mitteleuropa haben unter anderen die britischen Politiker Eden und Gaitskell, die amerikanischen Politiker Mansfield und Kennan und die polnischen Politiker Gomulka und Rapacki vorgelegt. Auch in der UdSSR, der DDR, der CSSR und in den Parteien der Bundesrepublik Deutschland sind wiederholt Konzepte für eine militärisch verdünnte und atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa entwickelt worden.

Nach dem Stand der internationalen Diskussion könnte über folgende Schritte Einigung erzielt werden, die die Kampagne für Abrüstung der Bundesregierung und dem Bundestag als Sofortprogramm für eine Politik der Sicherheit vorschlägt.

STOPP DER ATOMAREN UND KONVENTI- NELLEN RÜSTUNG AUF BEIDEN SEITEN

1. Bundestag und Bundesregierung erklären den endgültigen Verzicht auf Herstellung, Erprobung und Besitz von Atomwaffen, auf jede Verfügung über Atomwaffen sowie auf jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen und fremder Kernwaffenproduktion. Die Erklärung der Bereitschaft der DDR, Polens und der CSSR zu einem gleichartigen Verzicht liegt vor.

Solche Verzichtserklärungen können in völkerrechtlich bindender Form abgegeben werden, ohne das Problem der innerdeutschen staatsrechtlichen Anerkennung zu berühren.

Die Einhaltung dieses Verzichts kann durch Erklärungen der Bündnisysteme, in die die genannten Länder einbezogen sind, zusätzlich garantiert werden.

2. Die Bundesregierung schlägt dem NATO-Rat vor, auf dem Territorium der Bundesrepublik Kernwaffenbestände nicht zu vermehren, sofern durch den Rat der Warschauer-Pakt-Staaten für die DDR, Polen und die CSSR eine gleichartige Regelung erfolgt. Die Bereitschaft zu solchen Verhandlungen ist durch die genannten Staaten des Warschauer Paktes erklärt worden.

3. Bundestag und Bundesregierung erklären ihre Bereitschaft, das Rüstungsbudget der Bundesrepublik nicht mehr zu steigern, sofern für die Rüstungsetats der DDR, Polens und der CSSR eine gleiche Regelung erfolgt. Die genannten Staaten des Warschauer Paktes haben ihre Bereitschaft zu entsprechenden Verhandlungen erklärt.

VERRINGERUNG DER KONVENTI- NELLEN RÜSTUNG AUF BEIDEN SEITEN

4. Bundestag und Bundesregierung erklären ihre Bereitschaft, das Rüstungsbudget stufenweise zu verringern, sofern für die Rüstungsetats der DDR, Polens und der CSSR gleichartige Beschlüsse gefaßt werden, die auf beiden Seiten zu einer insgesamt gleichen Quote der Rüstungseinschränkung in Mitteleuropa führen.

ATOMWAFFENFREIE ZONE IN MITTEL- EUROPA

5. Bundestag und Bundesregierung erklären ihre Bereitschaft zum Verzicht auf jede Lagerung fremder Atomwaffen und zur Mitarbeit an der Bildung einer atomwaffenfreien Zone, sofern gleiche Schritte in der DDR, Polen und in der CSSR erfolgen. Die vertragliche Vereinbarung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa soll die Beschränkung und Verminderung konventioneller Rüstung einbeziehen. Ein wirksames System der Kontrolle und Inspektion muß Teil der Vereinbarung sein.

Die entsprechenden Verträge können in Verhandlungen zwischen den beteiligten Staaten, im Rahmen eines Nichtangriffspaktes zwischen NATO und Warschauer Pakt oder als Ergebnis einer europäischen Sicherheitskonferenz geschlossen werden.

EUROPAISCHE SICHERHEITSKONFERENZ

6. Die Bundesregierung schlägt die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Einbeziehung der USA und der UdSSR vor. Zur Vorbereitung dieser Konferenz unterbreitet sie einen eigenen Plan für ein europäisches Sicherheitssystem, dessen Beginn die Vereinbarung einer atomwaffenfreien Zone sein soll. Der Bestand

eines europäischen Sicherheitssystems kann durch internationale Garantien zusätzlich gesichert werden.

BEZIEHUNGEN ZU OSTEUROPA

7. Die Bundesregierung baut die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten aus und fördert den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch mit diesen Staaten, um die militärische und politische Entspannung voranzutreiben und das Kriegsrisiko zu mindern.

MITARBEIT AN DER STRATEGIE DES FRIEDENS

8. Die Bundesregierung unterstützt in der NATO und in anderen Institutionen der internationalen Politik alle Vorschläge, die auf eine Erweiterung des atomaren Teststoppabkommens, auf ein Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen, ein Abkommen zur Verhütung von Überraschungsangriffen und eine allgemeine kontrollierte Abrüstung hinzielen.

EIN AMT ZUR FORDERUNG DER AB- RÜSTUNG

9. Das vom Bundestag beschlossene Amt für Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung wird in standgesetzt und beauftragt, die hier vorgeschlagenen politischen Schritte fachlich zu bearbeiten. Das Abrüstungsamt soll die militärstrategischen Probleme der Abrüstung, die Möglichkeiten einer wirksamen Kontrolle von Abrüstungsvereinbarungen, die Möglichkeiten eines krisenfreien Übergangs von der Rüstungs- zur Friedenswirtschaft und die sozialen Bedingungen der Abrüstung prüfen bzw. prüfen lassen.

Der Bundestag richtet einen Ausschuß für Fragen der Rüstungsbeschränkung und Abrüstung ein, der mit dem Abrüstungsamt zusammenarbeitet.

FORSCHUNG UND ERZIEHUNG FÜR AB- RÜSTUNG UND INTERNATIONALE VER- STÄNDIGUNG

10. Bund und Länder fördern wissenschaftliche Forschungsarbeiten zu Fragen der Rüstungskontrolle, der Abrüstung und der internationalen Zusammenarbeit. Die Bundesländer machen Themen der Abrüstung und der Verständigung zwischen den Völkern zum Gegenstand der Schulbildung und der außerschulischen Bildung.

Dieses Programm stellt eine Alternative zur bisherigen Politik der Bundesregierung dar. Wird diese Alternative realisiert, so gewinnt Deutschland an Sicherheit. Die Politik der Sicherheit durch Abrüstung ist zugleich ein Beitrag zum Ausbau der Demokratie und eine Alternative zu jener Militarisierung des öffentlichen Lebens, wie sie in den Notstandsgesetzen Ausdruck findet.“



Forderungen der Kampagne für Abrüstung

Im Ostermarschaufruf 1967

„Fortschritte in und für Deutschland sind nur zu erhoffen, wenn Ost und West Vertrauen in eine friedliche Politik Deutschlands setzen können; Schritte zur deutschen Wiedervereinigung sind nur denkbar als Folge der Entspannungspolitik, nicht aber als Voraussetzung der Entspannung oder gar als Ergebnis der Politik der Stärke. Aktiv und ohne Vorbehalte muß sich die Bundesrepublik an der Entspannungspolitik beteiligen und dazu beitragen, das zerrissene und von Waffen starrende Europa zu einem System friedlicher Zusammenarbeit umzuformen. Das ist der einzige Ausweg aus der Krise und der Sterilität unserer Außen- und Deutschland-Politik.

Die dringendsten Schritte für eine vernünftige Politik unseres Landes sind deshalb:

- Verzicht der Bundesrepublik auf jede Mitverfügung über Atomwaffen;
- Zustimmung zu einem Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen;
- Mitarbeit an einer Sicherheitskonferenz aller europäischen Staaten unter Einbeziehung der USA — ohne Vorbedingungen;
- Mitarbeit an Rüstungsbeschränkung und Rüstungsabbau in Europa;
- Initiative zu einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

Als Konsequenz der Rüstungspolitik droht die Gefahr, daß die gesamte Bevölkerung schon in Friedenszeiten durch Notstands- und Zivildienstgesetze für die Zwecke einer verfehlten Politik erfaßbar und manipulierbar gemacht wird. Die Regierung soll die Möglichkeit erhalten, notfalls auch gegen den Willen der Bevölkerung militärische Drohung bis an den „Ernstfall“ heranzutreiben. Mit den Notstandsgesetzen sollen freizeitleiches Bewußtsein und gesicherte Rechtsstaatlichkeit in unserem Lande ausgelöscht werden. Auf Kosten des Sozialstaates, auf Kosten der Länder und Gemeinden, auf Kosten produktiver öffentlicher Aufgaben und nicht zuletzt auf Kosten jedes einzelnen Bürgers soll der zentralisierte Rüstungsstaat durchgesetzt werden. Das Volksvermögen würde dann noch mehr als bisher für eine illusionäre Machtpolitik vergeudet.

Jeder Bürger muß sich gegen dieses Attentat auf elementare Freiheitsrechte, gegen die Militarisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens zur Wehr setzen und fordern:

- Keine Verabschiedung weiterer Notstandsgesetze;
 - Aufhebung der bereits beschlossenen Notstandsgesetze;
 - Schutz der Verfassung vor jeder autoritären Verfälschung.
- Die Alternative zur Notstands- und Rüstungspolitik heißt:
- Statt „Vorbereitung auf den Ernstfall“ Verhütung des Ernstfalls durch eine deutsche Entspannungspolitik;
 - Aktive Mitarbeit unseres Landes an der Strategie des Friedens für eine Welt ohne Hunger und Krieg“.

In der Friedenszyklika *Pacem in terris* von Papst Johannes XXIII. heißt es:

„... Deshalb fordern Gerechtigkeit, gesunde Vernunft und Rücksicht auf die Menschenwürde dringend, daß der allgemeine Rüstungswettlauf aufhört; daß ferner die in verschiedenen Staaten bereits zur Verfügung stehenden Waffen auf beiden Seiten und gleichzeitig vermindert werden; daß Atomwaffen verboten werden; und daß endlich alle auf Grund von Vereinbarungen zu einer entsprechenden Abrüstung mit wirksamer Kontrolle gelangen ...“

Aus dem Godesberger Grundsatzprogramm der SPD:

„... Die Sozialdemokratische Partei fordert die völkerrechtliche Achtung der Massenvernichtungsmittel auf der ganzen Welt. Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen ...“

Sie unterstützen

Die Aufrufe zu den Ostermärschen wurden von vielen namhaften Bürgern der Bundesrepublik unterschrieben, darunter:

Professor Dr. Wolfgang Abendroth; Professor Dr. Dr. h. c. Fritz Baade; Heinrich Böll; Dr. Margherita von Brentano; Walter Dirks; Günter Eich; Herbert Fallert; Professor Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim; Professor Dr. Dietrich Goldschmidt; Professor Dr. Helmut Gollwitzer; Max von der Grün; Professor Dr. Heinz-Joachim Heydorn; Rolf Hochhuth; Dr. Robert Jungk; Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg; Willy Kressmann; H. M. Ledig-Rowohlt; Dr. Helmut Lindemann; Dr. Bodo Manstein; Professor Dr. Alfred von Martin; Wolfgang Neuß; Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller; Hans A. Nikel; Ursula Noack; Hinrich Oetjen; Philip Pleß; Dr. Fritz J. Raddatz; Stefan Reisner; Professor Dr. Renate Riemeck; Rudolf Rolfs; Paul Schallück; Gerhard Schoenberger; Robert Scholl; Professor Dr. Heinrich Vogel; Martin Walser; Olaf Radke; Professor Eugen Kogon; Erich Kästner; Professor Ernst Bloch; Professor Walter Jens; Hans Werner Richter; Wolf Dietrich Schnurre; Christian Geißler; Siegfried Lenz; Christian Mayer-Amery; Günther Weisenborn; Walter Kolbenhoff; Gerhard Zwerenz; Hans Magnus Enzensberger; Kasimir Edschmid; Marie Luise Kaschnitz; Ilse Aichinger; Gösta von Uxküll; Wilhelm Goldmann; Heinz Hilpert; Richard Münch; Adolf Kummernuß; Gerhard Marcks; Professor Ernst Niekisch; Professor Jürgen Habermas; Bürgermeister Karl Appelmann; Gerhard Weber; Inge Aicher-Scholl; Anne Kolb; Egon Lutz; Dr. Werner Bockelmann; James Krüss; Werner Otto von Hentig; Georg Benz.

Zustimmung zur Kampagne für Abrüstung

6. Bundesjugendkonferenz des DGB (München, November 1965)

„Die 6. ordentliche Bundesjugendkonferenz des DGB wendet sich erneut gegen die atomare Gefahr und das atomare Wettrennen in Ost und West. Sie fordert die Bundesregierung und die politischen Parteien erneut auf, eigene Abrüstungsinitiativen zu entwickeln und auf atomare Ausrüstung der Bundeswehr endgültig zu verzichten. Der in Erwägung gezogene Plan, entlang der Zonengrenze oder anderswo Sperrgürtel durch Atomminen zu errichten, darf nicht verwirklicht werden. Die militärische Vorbereitung auf einen Atomkrieg ist kein Mittel zur Verhinderung des Krieges und zu überleben, sondern der Vorbereitung zum Selbstmord.

Die Ereignisse der letzten Jahre, die Kuba-Krise sowie der Krieg in Vietnam und zwischen Indien und Pakistan haben immer wieder die Gefahr einer allgemeinen Katastrophe heraufbeschworen. Der Frieden der Welt kann nur erhalten und die atomare Gefahr nur gebannt werden, wenn alle Krisen- und Spannungsherde beseitigt und keine Atomwaffen mehr hergestellt, weitergegeben und benutzt werden.

Deshalb fordert die 6. Bundesjugendkonferenz des DGB die

Vernichtung aller Kernwaffenvorräte in Ost und West,

Vernichtung und Verbot aller Atomwaffen, allgemeine international kontrollierte Abrüstung,

Aktivierung der Öffentlichkeit und verstärkte gewerkschaftliche Anstrengungen im Kampf gegen die atomare Gefahr.

Sie begrüßt jede demokratische Initiative, welche die Öffentlichkeit auf die lebensbedrohliche weltpolitische Lage aufmerksam macht.

Der DGB hat auf seinem Kongreß in Hannover die Bundesregierung und die politischen Parteien aufgefordert, eigene Initiativen zur Abrüstung zu ergreifen und auf die atomare Bewaffnung zu verzichten.

Darüber hinaus glauben wir weiter, daß es Zeit ist, daß sich jeder Bundesbürger an Aktionen demokratischer Bewegungen beteiligt. Die Delegierten sehen in der „Ostermarsch-Kampagne für Abrüstung“ eine Möglichkeit des wirkungsvollen Protestes“.

Delegiertenkonferenz der Jungsozialisten, Bezirk Hessen-Süd (März 1966):

„Die Jungsozialisten des Bezirks Hessen-Süd begrüßen den Aufruf der Kampagne für Abrüstung und fordern alle Jungsozialisten auf, sich aktiv für die Kampagne für Abrüstung und ihre Ziele einzusetzen“.

Sozialdemokratischer Hochschulbund:

Die Jahreskonferenz des sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) vom 2. bis 6. 3. 66 in Mainz faßte folgenden Beschluß: „Der SHB begrüßt und unterstützt die Ziele der Kampagne für Abrüstung und empfiehlt seinen Mitgliedern, sich an den Ostermarschveranstaltungen zu beteiligen.“

Stellungnahmen der Kampagne

zur MLF

Einige führende Politiker in der Bundesrepublik erheben neuerdings unverhüllt die Forderung nach Verfügung oder Mitverfügung über Atomwaffen. Der außenpolitische Experte der CSU, Freiherr von Guttenberg, hat geäußert, die Bundesrepublik habe zwar auf die Produktion, nicht aber auf den Besitz von Atomwaffen verzichtet. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Dr. Barzel, hat die Forderung keineswegs ausgeschlossen, sondern lediglich dazu geraten, doch erst einmal abzuwarten, was in der Multilateralen Atommacht „drin“ sei.

Das Projekt der Multilateralen Atommacht stellt ein schweres Hindernis auf dem kaum begonnenen Weg zur internationalen Abrüstung dar.

Nach dem Moskauer Teststoppabkommen bestand in aller Welt die begründete Hoffnung, daß es zu weiteren Vereinbarungen über Rüstungsstopp und damit zur Minderung des Risikos eines atomaren Weltkrieges kommen könne. Entgegen diesen Hoffnungen bestehen zur Zeit kaum noch Aussichten, daß es — etwa im Zuge der Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz — zu einem derartigen Abkommen kommt. Das Hindernis, das sich in den Weg stellte, ist das Projekt einer multilateralen Atommacht (= MLF).

Ernsthaftes Interesse an der MLF zeigt nur die Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die USA und andere NATO-Staaten betreiben, das Projekt MLF offenbar nur zögernd und nur deshalb, weil sie sonst eine nationale atomare Bewaffnung der Bundesrepublik oder eine deutsch-französische atomare Rüstungspolitik befürchten.

Kommt die MLF zustande, dann werden die Folgen sein:

Internationale Abrüstungsgespräche werden gestört;

die Forderung, jede Ausweitung nuklearer Bewaffnung zu vermeiden, wird westlicherseits durchbrochen;

eine Streuung des Atomwaffenbesitzes im Ostblock über die UdSSR hinaus wird wahrscheinlich;

jeder Ansatz einer Lösung der Deutschlandfrage wird auf noch längere Sicht unmöglich gemacht.

Diese Folgen der MLF sind um so wahrscheinlicher, als führende Politiker der Bundesrepublik deutlich zu verstehen gegeben haben, das jetzt noch vorgesehene Monopol der USA bei der Verfügung über den Einsatz der MLF müsse später abgebaut und aufgegeben werden.

Die deutsche Alternative zur multilateralen wie zur nationalen Atommacht ist der endgültige Verzicht auf jede Art von atomarer Bewaffnung in Deutschland und der Anschluß an eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen. Allein diese Politik liegt im Interesse Deutschlands und des Friedens der Welt.

12. 8. 64

zum Luftschutz

Wägt man die geringe Wirksamkeit des Luftschutzes gegen seine großen Gefahren ab, so ergibt sich eine klare prinzipielle Ablehnung des Luftschutzes, die nicht nur für den Luftschutz in der Bundesrepublik, sondern auch für die Länder des West- und Ostblocks in gleichem Maße gilt.

Dagegen ist auch nicht das häufig benutzte Argument stichhaltig, daß alle Luftschutzanstrengungen gerechtfertigt seien, wenn auch nur wenige Menschenleben gerettet werden könnten. Dies human erscheinende Argument ist bei näherer Betrachtung inhuman. Es geht nämlich nicht darum, wenigstens einige Menschenleben in einem modernen Kriege, sondern alle Menschen vor einem solchen Krieg zu retten.

Mit der scheinbar humanen Redensart von der Rettung wenigstens einiger soll nur das eigentliche Problem verdeckt werden, nämlich der Schutz aller Deutschen. Er kann nur durch eine stabile Friedenssicherung erreicht werden. Hier hat die Bundesregierung allerdings fast nichts getan. Sie hat weder die vielen Entspannungsvorschläge aus Ost und West durch Verhandlungen ernsthaft geprüft, noch hat sie eigene realistische Vorschläge unterbreitet und sich um die kontrollierte Abrüstung und die Beendigung des Wettrüstens intensiv bemüht. An diesen wichtigen Aufgaben, die den Schutz aller erwirken können, arbeiten in offiziellem Auftrag heute in der Bundesrepublik nicht mehr als eine Handvoll Leute, wenn überhaupt so viel. Dagegen hat der Luftschutz bereits Tausende von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfern. Dies macht den Luftschutz in der Bundesrepublik in besonderem Maße fragwürdig.

Wer Luftschutz betreibt, ohne den Frieden mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu sichern, kann nicht erwarten, daß seine möglichen Gegner an seine Friedensliebe glauben.

September 1964

zu Atomminen

Äußerungen von Vertretern der Bundeswehr und die nun vorliegende Wiedergabe der Rede des Verteidigungsministers von Hasse vor der Gesellschaft für Auswärtige Beziehungen in New York bestätigen, daß entgegen aller offiziellen Beruhigungstaktik das Konzept eines atomaren Minengürtels quer durch Deutschland existiert. Die „Frankfurter Rundschau“ ist leider nur zu sehr im Recht, wenn sie feststellt, daß die Selbstverstümmelungsüberlegungen der verbrannten Erde noch keineswegs beendet sind.

Wenn solche Pläne verwirklicht werden, dann bedeutet das: Jede Mine eine Atombombe, jede Explosion eine Wiederholung der Katastrophe von Hiroshima, jeder Mensch im Grenzgebiet Todesopfer der ersten Stunde eines Krieges! Schon jetzt aber muß angesichts solcher Vorhaben jede Bekundung, daß es uns um die Wiedervereinigung gehe, verlogen wirken. Soll die Zukunft unseres Landes dem Willen von Militärpolitikern unterworfen sein, deren Vorstellungsvermögen den realen Folgen atomarer Strategie offenbar nicht gewachsen ist? Die Alternative zur Politik der Todeszonen ist: Vereinbarung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, garantiert durch Ost und West. Dafür wird sich der Ostermarsch 1965 einsetzen.

Dezember 1964

zur Notstandsgesetzgebung

Während sich die USA und die UdSSR um den Abbau der zwischen den Weltblöcken bestehenden Spannungen bemühen, soll durch die geplanten Notstandsgesetze die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland den Erfordernissen einer totalen Militarisierung schon in Friedenszeiten angepaßt werden. Solche Maßnahmen müßten sich nicht nur auf die Möglichkeiten der Entspannung in Europa ungünstig auswirken; auch die Chancen einer deutschen Wiedervereinigung würden durch sie weiter vermindert. Die Bundesrepublik würde im gegenwärtigen Zeitpunkt durch die Annahme der Notstandsgesetze ihr Ansehen in der Welt weiter herabsetzen, neues Mißtrauen gegen ihre Absichten hervorrufen und damit die politische Atmosphäre in Europa weiter vergiften.

Durch die Notstandsgesetze wären wir ständig von einer Nebenverfassung bedroht, die die rechtsstaatliche und freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Staatswesens zum zweiten Male in diesem Jahrhundert auf „legale“ Weise aufheben würde. Das Ausmaß der durch die Notstandsgesetze schon im Frieden sanktionierten Eingriffe in die Freiheitsphäre und der parlamentarisch nicht mehr kontrollierbaren Behördenvollmachten ist unübersehbar und weder mit dem Geist noch mit dem Buchstaben des Grundgesetzes vereinbar.

Wir warnen vor dieser Ausnahme- und Notstandsverfassung, deren militärisches und technologisches Kriegsbild überdies von den längst überholten Erfahrungen des zweiten Weltkrieges bestimmt ist und die Wirtschaftskraft unseres Volkes für die Erfüllung der vor uns liegenden großen friedlichen Aufgaben aufs schwerste beeinträchtigen müßte.

Wir halten das Grundgesetz, nachdem es sich im „Kalten Krieg“ bewährt hat, erst recht für ausreichend, die Schwierigkeiten der Entspannung zu meistern. Uns scheint gegenwärtig eine freiere Entfaltung der öffentlichen Meinung und eine stärkere Kontrolle des Parlaments über die Regierung dringlicher als die Übertragung weiterer Macht vom Parlament auf die Regierung. Wir sehen in der Erhaltung und Stärkung der vollen Funktionsfähigkeit unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung den besten Schutz vor den Anschlägen ihrer Gegner von innen und außen, nicht aber in der Aufhebung wesentlicher Grundrechte und in der Beschränkung der demokratischen Freiheiten zugunsten einer autoritären Exekutivgewalt. Das Grundgesetz verpflichtet die Bundesrepublik zu Rechtsstaatlichkeit, zu Demokratie und zu einer Politik, die den Frieden sichert. Nur wenn der Geist dieses Verfassungsgebotes ungebrochen lebendig bleibt, kann unser Volk eine friedliche Zukunft haben.

Februar 1965

zur Genfer Abrüstungskonferenz

Vor dem Wiederbeginn der Genfer Abrüstungskonferenz haben alle beteiligten Großmächte den Abschluß eines Vertrages gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffenbesitz zum vordringlichen Ziel der neuen Sitzungsperiode erklärt. In der Tat scheint nach dem Moskauer Teststoppabkommen eine solche Vereinbarung der nächste mögliche Schritt auf dem Weg zur Abrüstung zu sein. Jede weitere Streuung des Besitzes von Atomwaffen oder der Verfügung über Atomwaffen erhöht entscheidend die Gefahr, daß ein atomarer Krieg — unter Umständen gegen den Willen der Großmächte — ausbrechen könnte; die Weiterverbreitung von Atomwaffen schließt übrigens die Möglich-

keit von Abrüstungsvereinbarungen nahezu aus. Der Abschluß eines Vertrages gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen liegt deshalb im wohlverstandenen Interesse der Völker; insbesondere könnten Völker, die — wie das deutsche — in politischen Spannungsgebieten leben, durch einen solchen Vertrag nur an Sicherheit gewinnen. Die Zustimmung zu einem derartigen Vertrag ist daher niemals ein „Zugeständnis“, für das „Gegenzugeständnisse“ eingetauscht werden können, sondern ein Schritt zur Erhöhung der eigenen Sicherheit. Um so erstaunlicher ist das Verhalten der deutschen Bundesregierung. Vertreter der deutschen Bundesregierung haben erklärt, die Bundesrepublik könne sich auf einen Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen nicht einlassen, bevor nicht die Mitverfügung der Bundesrepublik über Atomwaffen durch die MLF oder auf ähnliche Weise gesichert sei und das Problem der deutschen Wiedervereinigung einer Lösung im Sinne der Bundesregierung entgegengeführt würde.

Praktisch bedeuten diese Erklärungen eine Absage der deutschen Bundesregierung an einen Vertragsabschluß in Genf und zugleich eine massive *Pression gegenüber den westlichen Verbündeten* der Bundesrepublik. Gegenüber dem Ostblock aber hat die Argumentation der Bundesregierung nahezu den Charakter einer Kriegsdrohung. Die Bundesregierung meint offensichtlich, ihre Konzeption einer Wiedervereinigung mittels Atomwaffenbesitz gegenüber der UdSSR durchsetzen zu können; anders kann die von der Bundesregierung propagierte Kopplung der Probleme von Wiedervereinigung und westdeutscher Atomwaffenverfügung nicht interpretiert werden.

Auch die Forderung nach Beteiligung der Bundesrepublik an der MLF als Vorbedingung für die Zustimmung der Bundesrepublik zu einem Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen zeigt in aller Deutlichkeit, daß es der Bundesregierung um Mitbestimmung und um eigene Verfügung über Atomwaffen geht.

Die deutsche Bundesregierung hat damit unverhohlen zum Ausdruck gebracht, daß sie die Rolle einer Atommacht zu spielen beabsichtigt und demgegenüber Fortschritte der Rüstungsbeschränkung im internationalen Maßstab für zweitrangig hält. Wenn die Bundesregierung diese Politik auf das Argument gründet, die internationale Abrüstung dürfe nicht „auf Kosten Deutschlands“ gehen, so muß hierzu festgestellt werden: Nicht die Minderung des Kriegsrisikos, nicht eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung, wohl aber atomare Großmachtambitionen der Bundesregierung gehen auf Kosten Deutschlands, nämlich auf Kosten der Sicherheit der Deutschen gegenüber der Gefahr eines atomaren Weltkrieges.

Die deutsche Wiedervereinigung kann nicht durch deutschen Atomwaffenbesitz erzwungen werden; sie ist nur denkbar als Folge eines Prozesses der Entspannung und des Einvernehmens von Ost und West. 1. 9. 65

Einseitige Abrüstung?

Der Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik ist gelegentlich der Vorwurf gemacht worden, die Kampagne propagiere Abrüstungsmaßnahmen „unilateral“ und offenbare dadurch, daß es ihr im Grunde um einseitige Schwächung westlicher Widerstandsfähigkeit zu tun sei.

Welchen Standpunkt nimmt in dieser Sache die Kampagne wirklich ein? In den „Grundsätzen“ der Kampagne ist der „Widerstand gegen Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in West und Ost“ festgelegt und folgen-

derweise konkretisiert: „Wir fordern den Verzicht auf jegliche militärische Verwendung der Atomenergie in Ost und West und appellieren ... an unsere Bundesregierung, durch Verzicht auf eine atomare Aufrüstung mit gutem Beispiel voranzugehen“.

Bei dem Versuch, aus dieser generellen Forderung nun praktische Vorschläge für eine Politik der atomaren Abrüstung abzuleiten, hat die Kampagne — so etwa in den jeweiligen „Aufrufen zum Ostermarsch“ — sehr wohl die realen derzeitigen Bedingungen internationaler Politik, unter denen Abrüstungsforderungen formuliert werden, berücksichtigt. Im „Aufruf“ findet sich keine Forderung, deren Realisierung eine einseitige Abrüstung des Westens bedeuten würde. Gefordert werden u. a.: Verzicht auf atomare Abrüstung Deutschlands; atomaffenfreie Zone in Mitteleuropa; weitere internationale Vereinbarungen zum Abbau der atomaren Rüstung. Die letzte Forderung ist ohne weiteres als „zweiseitig“ erkennbar.

Die Einrichtung einer atomaffenfreien Zone in Mitteleuropa wird von Politikern in Ost und West gerade mit dem Argument verlangt, daß auf diese Weise praktische Schritte der Abrüstung in einem bestimmten Raum geschehen können, ohne daß im großen Gleichgewicht der Kräfte Verschiebungen zugunsten der einen oder anderen Seite eintreten. Die Forderung nach dem Verzicht auf deutsche Atombewaffnung schließlich richtet sich wiederum nicht gegen jenes „Gleichgewicht“, sondern richtet sich gegen eine Politik der Streuung von Atomwaffen, die katastrophale Extratouren möglich macht und den Abrüstungsvereinbarungen der Großmächte aufs äußerste hinderlich ist. (Genauso, wie die Nuklearpolitik Frankreichs und Chinas solche Abrüstungsvereinbarungen außerordentlich erschwert).

Wir sehen also, daß die konkreten Vorschläge für eine Abrüstungspolitik, die von der Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik kommen, nicht „einseitige Abrüstung“ verlangen, sondern von dem Konzept ausgehen, daß Abrüstung auf dem Wege mehrseitiger Vereinbarungen erreicht werden kann. Hierbei ist nicht nur an Vereinbarungen zwischen den beiden „Großen“, d. h. den USA und der UdSSR gedacht, sondern ebenso an Verträge zwischen anderen Staaten oder Staatengruppen in Ost und West und aus dem Kreis der neutralen Staaten, schließlich auch an Vereinbarungen, die — wie der Moskauer Teststoppvertrag — darauf hinzielen, möglichst alle Staaten der Erde einzubeziehen. Die Garantie solcher Abkommen durch die UNO dürfte dabei immer eine besonders positive Rolle spielen. Dieses Prinzip der Mehrseitigkeit schließt durchaus ein, daß in bestimmten Situationen der eine oder andere Staat sich zu Vorleistungen für Abrüstungsvereinbarungen entschließen sollte. Solche Vorleistungen können das Klima für Verhandlungen über Fragen, die komplizierter sind, entscheidend verbessern; Abrüstungsgespräche können durch erste Schritte neu in Gang gebracht werden; das Mißtrauen der anderen Seite kann durchbrochen werden. Die wichtigste und überall auf der Welt immer stärker geforderte „Vorleistung“ ist der Verzicht all jener Staaten, die zur Zeit keine atomaren Waffen besitzen, auf den Versuch, sich in den Klub der Nuklearbewaffneten hineinzudrängen.

Wenn die Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik auch nicht — wie etwa die britischen Atomwaffengegner — für einseitige Abrüstung eintritt, so erkennt sie doch an, daß die Forderung nach einseitiger Abrüstung das Denkschema traditioneller „Sicherheitspolitik“, die ihrerseits einseitig militärisch orientiert ist, aufgebrochen hat.

Kampagne — demnächst eine Partei?

Wiederholt ist an die Kampagne für Abrüstung von verschiedenen Seiten die Frage nach ihrer Stellung zu den politischen Parteien herangetragen worden. Der Zentrale Ausschuß der Kampagne für Abrüstung hat zu dieser Frage folgende Stellungnahme abgegeben:

In der Kampagne für Abrüstung haben sich Bürger unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Auffassungen auf bestimmte vordringliche politische Forderungen geeinigt und zur Durchsetzung dieser Forderungen verbündet. Die Kampagne für Abrüstung hat sich zum Ziel gesetzt, die Friedenssicherung durch Entspannung und Abrüstung Kriterium politischer Entscheidungen werden zu lassen. Die Kampagne identifiziert sich bei ihrer Tätigkeit mit keiner politischen Organisation oder politischen Partei, sie wirbt nicht für einzelne von ihnen und versucht auch nicht, ihnen Mitglieder abzuwerben oder zuzuführen. Die Kampagne sieht ihre Aufgabe darin, im vorparlamentarischen Raum an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Sie hat aber nicht die Absicht, eine politische Partei zu werden oder zu bilden; der Kampagne geht es darum, die politischen Verbände und Parteien in der Bundesrepublik möglichst umfassend zu einer Politik der konsequenten Friedenssicherung zu bewegen, die nur durch Entspannung und Abrüstung erreicht werden kann. 8. 10. 64

Ostliche Bombe weniger gefährlich?

28. 7. 63

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Grotewohl!

Der Zentrale Ausschuß des Ostermarsches der Atomwaffengegner, Kampagne für Abrüstung, dankt Ihnen für Ihr Schreiben und hat das von Ihnen erwähnte Programm des Friedens mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Der Zentrale Ausschuß begrüßt Ihre Entschlossenheit zum Verzicht auf Atomwaffen und zum Rüstungsstopp.

In Ihrem Schreiben haben Sie dem Ostermarsch Ihre Sympathie ausgesprochen und betont, daß die Politik des Ostermarsches ein fester Bestandteil der Regierungspolitik der DDR sei, und Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß unsere politische Haltung von Ihnen aktiv unterstützt würde. Nach unserer Auffassung läßt eine ideelle Übereinstimmung mit den Forderungen der Kampagne noch keine Identifizierung mit Ihren Zielen zu, solange keine konkrete Verwirklichung Ihrer politischen Forderungen und kein Abbau der Militarisierung des zivilen Lebens und des Kalten Krieges als erster Schritt und als Zeichen des guten Willens sichtbar wird.

Wir gestatten uns daher noch einmal, Ihnen die Position der unabhängigen Atomwaffengegner in der Bundesrepublik darzulegen, um eine klare Interpretation unserer Haltung zu ermöglichen.

1. Der Widerstand der Kampagne richtet sich mit derselben Entschiedenheit gegen die Aufrüstungs- und Atomwaffenpolitik unseres Landes, der BRD, wie gegen gleichartige politische Auffassungen und Maßnahmen in allen anderen Ländern. Wir lehnen die Lagerung, Herstellung und Erprobung von Atomwaffen jeder Nation in West und Ost ohne jede Einschränkung ab.

2. Für uns sind die sowjetischen Atomwaffen kein Mittel einer Friedenspolitik. Genauso wenig werden wir die Atomwaffen der Vereinigten Staaten als Mittel einer Friedens-

politik akzeptieren. Die Gefahr eines Atomkrieges entsteht durch die Bereitschaft, einen Atomkrieg zu führen, gleichgültig, was verteidigt werden soll und aus welchen Motiven. Wir meinen auch, daß die Bombe nicht deshalb ungefährlich wird, weil sie im Besitz einer Nation ist, in der wirtschaftliche Interessengruppen außerhalb der Regierung keinen Einfluß auf die Politik ausüben können...

Die von uns vertretene Forderung zum Brückenschlag ist unvereinbar mit einer politischen Haltung, die der Gegenseite aggressiv gegenübertritt, die Fehler nur bei den anderen sucht und ihren Friedenswillen nicht ernst nimmt.

Wir wollen uns in der BRD darum bemühen, daß man sich kein verzerrtes Bild von der Gegenseite macht, daß unser Wille zur Abrüstung auch den anderen Völkern glaubhaft wird und daß konkrete Schritte zur Abrüstung und Entspannung unternommen werden. Wir bitten Sie, in Ihrem Lande dasselbe zu tun.

Im Auftrage des Zentralen Ausschusses

Dr. Andreas Buro

Zur Notstandsgesetzgebung

... Es trifft nicht zu, daß eine Notstandsverfassung in der Bundesrepublik die alliierten Vorbehaltsrechte ablösen würde. Auch nach dem Inkrafttreten einer solchen Verfassung würden die Alliierten ihre aus der Besatzungszeit herrührenden Sonderrechte behalten. Ebenso unzutreffend ist es, daß die Alliierten ihre Vollmachten auf die Bundesregierung übertragen könnten, wenn die Bundesrepublik keine Notstandsverfassung besitzt. Die Befugnisse oder entsprechenden Rechte der drei Mächte stehen der Bundesregierung nach dem Grundgesetz nicht zu; eine Übertragung solcher Rechte und Befugnisse von den Alliierten ist rechtlich nicht möglich. Bereits mit Zustimmung zu einer solchen Übertragung würde die Bundesregierung verfassungswidrig handeln (Gutachten von Prof. Dr. Friedrich Klein).

Die Gesamtkonzeption der Notstandsgesetzgebung ist weder mit dem Geist noch mit dem Buchstaben des Grundgesetzes vereinbar. Sie ist ein Teil der Versuche, die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zugunsten einer „formierten Gesellschaft“ abzubauen. Der Schritt zur Diktatur würde mit diesen Gesetzen ermöglicht. Alle Bemühungen der Staatsbürger müssen daher darauf gerichtet sein, die Verwirklichung der Notstandsverfassung und weiterer Notstandsgesetze zu verhindern und die Aufhebung der bereits verabschiedeten Notstandsgesetze durchzusetzen.

Juni 1966

Zum Krieg in Vietnam

Seit über 100 Jahren kämpft das vietnamesische Volk gegen Unterdrückung und Fremdherrschaft. Mit dem Sieg über die französische Kolonialmacht in der Schlacht um Dien Bien Phu und durch die folgenden Genfer Verträge schien es endlich eine nationale Selbständigkeit erreicht zu haben. Doch die USA verhinderten dies, indem sie die diktatorische Regierung Diem in Südvietnam unterstützten. Diem verfolgte die national gesinnten Gruppen und Bürger, die den Freiheitskampf gegen Frankreich geführt hatten, ließ viele von ihnen in Konzentrationslagern umbringen und verweigerte 1956 die in Genf vereinbarten freien Wahlen für ganz Vietnam.

Die Nichterfüllung der nationalen Hoffnungen, der Terror und die Korruption der südvietnamesischen Regierung, ihre Feindlichkeit gegenüber Freiheit und Demokratie, ihre Unfähigkeit, die notwendigsten sozialen Reformen durchzusetzen, führten zu dem Bürgerkrieg, den heute die USA unter Aufbietung ihrer militärischen Macht zu unterdrücken suchen. Erst die Ausweitung des Krieges durch das Eingreifen amerikanischer Truppen hat zu einer stärkeren Unterstützung der Vietcong und ihrer politischen Vertretung, der Nationalen Befreiungsfront (FNL), durch Nord-Vietnam und andere kommunistische Staaten geführt. Der Krieg in Südvietnam ist jedoch nach wie vor keine kommunistische Aggression, wie die amerikanische Regierung glauben will, sondern ein

Kampf um nationale Selbständigkeit, in dem die FNL noch immer zu einer Neutralisierung des Landes, wie sie die Genfer Vereinbarungen vorsehen, bereit ist. Dieser Neutralisierung Vietnams aber stimmt die Regierung der USA nicht zu. Sie gibt damit zu erkennen, daß sie nicht gewillt ist, eine für die nationalen Kräfte des Landes erträgliche Lösung für Süd-Vietnam zuzugestehen. Dementsprechend hat sie die FNL als selbständigen Verhandlungspartner bisher nicht anerkannt und sich nicht dagegen gewendet, daß neutralistische Kräfte auch bei den jüngsten Wahlen von vornherein von der Kandidatur ausgeschlossen wurden.

Die Vereinigten Staaten führen den Krieg in Vietnam aus strategisch-machtpolitischen Gründen. Die Folge ist der heutige Krieg in Vietnam und die Bedrohung der Menschheit mit einem dritten Weltkrieg. Die amerikanische Regierung will in Vietnam außerdem auch ein Exempel statuieren: Es soll dort mit dem Einsatz der mächtigsten Militärmaschinerie der Welt gezeigt werden, daß es keinem Volk im Machtbereich der westlichen Welt möglich ist, soziale oder nationale Ziele gegen den Willen der USA durchzusetzen. Dieses Exempel hat, wie heute bereits offen erörtert wird, besondere Bedeutung für die Interessen der USA in Lateinamerika, wo die chaotischen Verhältnisse zu sozialen Veränderungen drängen.

Schritt für Schritt nähert sich der Vietnam-Konflikt dem Punkt, an dem ein dritter Weltkrieg ausbrechen kann.

Wir fordern:

- Sofortige Beendigung von Terror und Folter des Gas- und Chemikalienkrieges und der Bombardierung Nord-Vietnams;
- Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront als selbständigem Partner für Verhandlungen;
- De-Eskalation der militärischen Aktivität in Süd-Vietnam als Vorstufe zu Verhandlungen auf der Grundlage der Genfer Vereinbarungen von 1954, die eine militärische Neutralität des Landes, das Verbot der Stationierung fremder Truppen auf dem Gebiet Vietnams und die Selbstbestimmung durch Wahlen vorsehen.

10. 12. 1966



Kampagne gegen Atomwaffen

Die Kampagne hat stets gegen die Politik mit der Bombe Stellung bezogen — wo auch immer diese betrieben wurde. Hier folgen einige Stellungnahmen für viele ähnliche:

... in Ost

Ihr geehrter Herr Ministerpräsident
Chruschtschow!

Wir bitten Sie, unverzüglich die Atomwaffenversuche in der UdSSR einzustellen, und durch großzügige Zugeständnisse in Fragen der Versuchsstoppkontrolle zur Schaffung einer Vereinbarung über das Verbot von Kernwaffenversuchen beizutragen. Damit würden Sie der Welt ein echtes Beispiel konstruktiven Friedenswillens geben.

Wie eine große Verschwörung östlicher und westlicher Militärs mutet uns die jüngste Geschichte der atomaren Versuchsexplosionen an. Nachdem im vorigen Jahr die UdSSR das freiwillige Versuchsmoratorium gebrochen hatte, um die Stärke der UdSSR zu demonstrieren, wie ziemlich unverhüllt in Ihrer hiesigen Botschaft zum Ausdruck gebracht wurde, haben sich westliche Militärs die Chance sofort zunutze gemacht, um ihrerseits an der Vervollkommnung ihrer Kriegsmaschinerie weiterzuarbeiten. Die UdSSR hat ihnen mit ihren Versuchen dafür die Rechtfertigung geliefert. Die US-Versuche auf den Weihnachts-Inseln haben nun offensichtlich wiederum den östlichen Anhängern militärischer Stärke die Argumente für eine weitere Fortführung von Atombombenversuchen gegeben...

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen können die wechselseitig abgegebenen Erklärungen der Regierungen der USA und der UdSSR über das Verbrecherische der Atomversuche des anderen Landes nur wie ein Hohn auf den ernstesten Friedenswunsch der Völker dieser Welt empfunden werden... Reden, in denen der Friedenswille betont wird, begleiten die kriegerische Geschichte Europas nicht erst seit den Bemühungen des Völkerbundes. Wir, die Vertreter der jungen Generation, sind nicht mehr gewillt, uns mit Reden allein zufrieden zu geben. Wir verlangen von den heutigen Politikern des Ostens und des Westens nicht Reden, sondern Taten des Friedens. Nach ihrer Rede in Moskau, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Chruschtschow, begannen die neuen Atomwaffenversuche der UdSSR.

Die junge Generation in den westlichen Ländern will nicht mehr nationalistischen Parolen folgen und sie ist bereit, für den Frieden Opfer auf sich zu nehmen. Sie fühlt sich aber von den Staatsmännern in Ost und West verraten, da diese ihren Reden keine Taten des Friedens folgen lassen.

Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, daß sich die Menschen im Westen, und zwar Arbeiter, Intellektuelle, Bauern und Unternehmer, von den östlichen Atombomben genauso bedroht fühlen, wie die Menschen im Gebiet der sozialistischen Staaten durch die westlichen Atombomben. Für die jeweilige Gegenseite gibt es keine Massenvernichtungsmittel, die dem Frieden dienen, sondern nur Waffen, die zum Töten entwickelt, gebaut und bereitgestellt wurden...

In der Bundesrepublik Deutschland treten wir auch jetzt wieder zum Tag des Beginns des 2. Weltkrieges dafür ein, daß keine atomar bewaffneten Truppen auf deutschem Boden verbleiben, Vereinbarungen über eine von den Großmächten und der UNO garantierte, atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa getroffen werden und eine vollständige, weltweite kontrollierte Abrüstung vereinbart wird und stattfindet. Wir protestieren daher nicht nur einseitig gegen die Atomwaffenversuche der UdSSR, sondern wenden uns gegen solche tödlichen Experimente in aller Welt. Wir bezeichnen sie als Mord und Vorbereitung zu weiterem Völkermord, gleichgültig ob diese Tests von Ländern des Ost- oder Westblocks ausgeführt werden...

Ostermarsch der Atomwaffengegner, Zentraler Ausschuß
11. 8. 62

gez. Dr. Andreas Buro

... in West

An die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, Bad Godesberg
30. 4. 1962

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Mit tiefer Trauer nehmen wir zur Kenntnis, daß nun auch Amerika die Versuche mit Atomwaffen in größerem Maße wieder aufgenommen hat. Damit wird dem Wettrüsten in West und Ost ein neuer Impuls verliehen, der nur zu einer weiteren Verschärfung der Beziehungen zwischen den Atommächten führen kann. Die Wiederaufnahme der Versuche wird darüber hinaus auch der Sowjetunion als Argument dienen, um die Versuche fortzusetzen, wie es bereits von ihr angekündigt worden ist.

Wenn wir heute an Sie schreiben, verkennen wir nicht, daß das freiwillige Moratorium der Kernwaffenversuche nicht von Ihnen, sondern von der Sowjetunion zuerst verletzt worden ist, wobei festzustellen ist, daß sich im Bereich des Westens die Republik Frankreich niemals an diesen freiwilligen Verzicht gehalten hat. Wir haben damals in sehr deutlicher Form in unserem Schreiben an die Sowjetische Botschaft in Bonn, an den Parteitag der KPdSU und an den Ministerpräsidenten der UdSSR unsere Auffassung dargelegt. Trotzdem verurteilen wir die Wiederaufnahme der Tests durch Ihr Land auf das schärfste, da diese einerseits die Strahlungsschäden vergrößern — daher unser Slogan „Auch Tests sind Mord“ — und andererseits nur dazu dienen, die militärischen Vernichtungsmittel weiter zu perfektionieren, obwohl diese bereits seit langem die Dimension des Unmenschlichen erreicht haben. Darüber hinaus werden durch die Versuche die Menschen in Ihrem Lande und den anderen westlichen Ländern nur noch mehr und ausschließlich auf die Stärke ihrer militärischen Einrichtungen bauen und nicht ihre Kräfte für die Lösung der Konflikte zwischen den Völkern mit nicht-militärischen Mitteln mobilisieren.

Wir halten es dagegen für richtig, wenn Sie, ohne Rücksicht auf das Verhalten der Sowjetunion, auf die Weiterführung Ihrer Atomwaffenversuche verzichten und stattdessen der Sowjetunion anbieten, Kontrollstationen in den Vereinigten Staaten zu unterhalten. Dies wird in so überzeugender Weise vor der ganzen Welt Ihre Bereitschaft zur Verständigung und zur Abrüstung beweisen, daß die Sowjets hierdurch und den moralischen Druck der Weltöffentlichkeit ebenfalls zur Einstellung der Versuche gezwungen werden. Die Atombombe jedoch wird keinen Beitrag hierzu leisten, sondern nur Ihnen, den Sowjets und uns eines Tages eine Weltkatastrophe präsentieren als bittere Rechnung dafür, daß kein Volk bereit war, den ersten Schritt auf dem Wege der Abrüstung zu gehen...

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hans-Konrad Tempel, Sprecher des Zentralen Ausschusses

... in Ost und West

Erklärung der Kampagne für Abrüstung zur Cuba-Krise

Angesichts der Cuba-Krise stellen wir fest, ● daß sich die Bürger der Sowjetunion von den amerikanischen Militärstützpunkten und Raketenbasen in aller Welt mit Recht genauso bedroht fühlen wie die Amerikaner durch den Bau von sowjetischen Raketenbasen in Cuba;

● die weitgehende Verantwortlichkeit der USA für die heutige Situation in Cuba, die durch ihr Verhalten die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten des Landes außerordentlich erhöht hat;

● daß die USA den cubanischen Vorschlag, die Insel völlig abzurüsten, wenn Amerika dafür eine Nichtangriffsgarantie übernimmt, zunächst abgelehnt haben und nach den Äußerungen maßgeblicher amerikanischer Politiker das Ziel verfolgen, die derzeitige cubanische Regierung zu stürzen;

● daß der Bau von Raketenbasen auf Cuba durch die Sowjetunion nicht in Einklang steht zu ihren sonstigen Erklärungen zum Frieden, wie sie in ihren Vorschlägen für die vollständige Abrüstung und in den Verlautbarungen der Kongresse für allgemeine Abrüstung und Frieden vorliegen.

In dieser Situation unterstützen wir gemeinsam mit unseren Freunden in aller Welt die Bemühungen um die Entschärfung der Situation, wie sie von den zwischen den Fronten stehenden Kräften der UNO, den neutralen Staaten und den unabhängigen Bewegungen für Abrüstung, deren hervorragender Vertreter Nobelpreisträger Earl Bertrand Russell ist, ausgehen. Wir erkennen ihre Bemühungen an, eine Politik zu entwickeln, die die Einplanung und Androhung der atomaren Vernichtung ganzer Völker ausschließt. Wir erkennen aber auch die in letzter Minute gezeigte Kompromißbereitschaft des Präsidenten der USA und des sowjetischen Ministerpräsidenten. Sowohl die Nicht-Angriffsgarantie gegenüber Cuba durch die USA wie auch die Bereitschaft der UdSSR, unter dieser Voraussetzung die Raketenbasen in Cuba unter Aufsicht der UNO abzubauen, werten wir als einen Akt staatsmännisch verantwortlichen Handelns.

Zur Geschichte der Kampagne

Der erste Anstoß kam aus Großbritannien, wo — zeitlich parallel zur ersten deutschen Anti-Atombombenbewegung (Kampf dem Atomtod oder Paulskirchenbewegung), die damals von DGB und SPD weitgehend gestützt und finanziert wurde — die Campaign for Nuclear Disarmament (CND) vor allem unter jungen Menschen, in den Gewerkschaften und der Labour-Party rasch großen Einfluß gewann und mit dem Aldermaston-Marsch zu einem politischen Faktor wurde.

Die Anregungen aus England führten zu dem ersten deutschen Ostermarsch im Jahre 1960. Initiatoren waren die Hamburger Lehrer Hans-Konrad Tempel und Helga Stolle. Der erste Marsch war auf Norddeutschland beschränkt und die Teilnehmerzahl noch sehr gering. Der Gedanke fand jedoch ein großes Echo. 1961 bereits fanden Märsche in fast allen Teilen der Bundesrepublik statt. 1961 waren auch erstmals diejenigen Teile der Paulskirchenbewegung beteiligt, die an der Ablehnung der atomaren Bewaffnung Deutschlands festhielten. Bedeutende Personen stellten sich dem Kuratorium des Ostermarsches zur Verfügung. Große Organisationen, wie die Kriegsdienstverweigerer-Verbände, die Naturfreunde-Jugend und die Falken unterstützten die Kampagne.

Der zahlenmäßige Erfolg des Ostermarsches 1961 und die allgemeine politische Entwicklung ließen die Kampagne für viele politische Kräfte in der BRD interessant erscheinen. Dies brachte verschiedene Probleme mit sich, da Bestrebungen einsetzten, die Kampagne verstärkt in die eine oder andere Richtung zu drängen. Daß die Kampagne all diese Probleme so zu lösen verstand, daß der Ostermarsch 1962 ohne politische Konzessionen, ohne Einbuße an Unabhängigkeit und mit erheblichem Gewinn an politischer Breite vor sich gehen konnte, spricht für die Tragfähigkeit der Zielsetzungen.

Mit der Festigung der politischen Unabhängigkeit der Kampagne wurde auch die politische Aussage konkretisiert, wobei der reine Protest in den Hintergrund trat und die Betonung sich immer mehr auf positive erste Schritte zur Lösung der gegenwärtigen Probleme verlagerte. Im Verlauf dieser Bemühungen wurde auch der Name der Bewegung erweitert und der Bezeichnung „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ der Name „Kampagne für Abrüstung“ vorangestellt.

Die politische Unabhängigkeit, die zunehmende Präzisierung der Forderungen und die Umsetzung des Protestes gegen die Bombe in positive und praktische Vorschläge für eine Abrüstungspolitik erklären den weiteren Erfolg der Bewegung. Seit 1962 vergrößerten sich die Teilnehmerzahlen erheblich, so daß eine weitverbreitete, der CDU nahestehende Leitartikelkorrespondenz schrieb: „Die Ostermarschierer sind allem Anschein nach weit über das Sektierertum hinausgekommen — anders läßt sich das Ansteigen dieser Bewegung nicht erklären.“

Seit dieser Feststellung hat die Kampagne eine Fülle von Zustimmungserklärungen erhalten. Insbesondere die Gewerkschaftsjugend, die Naturfreundejugend und Gruppen

der Jungsozialisten, der Jungdemokraten, des Quickborn und der Falken haben sich in vielen Beschlüssen für ihre Unterstützung ausgesprochen.

Im Jahre 1964 unterzeichneten mehr als 100 000 Bürger und Persönlichkeiten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens eine Petition der Kampagne für Abrüstung an den Deutschen Bundestag. In der Petition wurde der Bundestag aufgefordert, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten. Pläne für die atomwaffenfreie Spannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern sowie die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten. Die letztgenannte Forderung wurde 1965 durch einen Bundestagsbeschluß realisiert.

Von Beginn an hat die Kampagne ihre internationalen Beziehungen systematisch ausgebaut. Sie hat maßgeblich bei der Gründung der Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden mitgewirkt, in der sie mit gleichgesinnten Organisationen aus vielen Teilen der Welt zusammenarbeitet. Der weltweiten Bedrohung durch die Militär-Allianzen soll eine internationale Kampagne für Abrüstung entgegengesetzt werden.

In der Bundesrepublik aber ist aus den Ostermärschen längst eine permanente Kampagne geworden, die sich in nüchternen Arbeit und zahlreichen Aktionen darum bemüht, daß auch von Deutschland ein Beitrag zu der Lösung der deutschen und internationalen Probleme — insbesondere der Befreiung der Menschheit vom Krieg — geleistet wird.

Zur Struktur der Kampagne

Die Ostermärsche sind in der Bundesrepublik entstanden auf Grund der freien Initiative einzelner, die spontan, privat und ohne den Beschluß irgendeiner Organisation zu dieser Form einer Kampagne für Abrüstung aufrufen. Die Initiatoren sind darum bemüht, diesen Charakter der freien Initiative einzelner auch in der Struktur der Arbeit der Kampagne sichtbar werden zu lassen. Im Unterschied zu allen anderen Organisationen ist daher die Kampagne keine Mitgliederbewegung. Mitarbeiten kann grundsätzlich jeder, der die Grundsätze des Ostermarsches bejaht, d. h. vor allem, der keinen Zweifel läßt an der unterschiedslosen Ablehnung der Politik mit der Bombe im Osten und im Westen.

Die Kampagne gliedert sich in folgende Gremien:

1. Bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bilden zum Zwecke der Repräsentation das Kuratorium und bürgen mit ihrem Namen für die politische Unabhängigkeit der Kampagne für Abrüstung.
2. Das Führungsgremium auf Bundesebene ist der Zentrale Ausschuß (ZA), der die politische Aussage des Marsches und der gesamten Kampagne festlegt und die Richtlinien für die organisatorische Planung ausarbeitet. Zwischen den ZA-Sitzungen nimmt ein vom ZA aus seinen Reihen gewählter Arbeitsausschuß die Aufgaben des ZA wahr.

Dem ZA gehören an:

a) der Sprecher und der Geschäftsführer, die den ZA leiten und ihn nach außen vertreten; Sprecher ist Dr. Andreas Buro, 806 Dachau, Schwarzhölzlstr. 20; Geschäftsführer ist Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Postfach 648.

b) je drei Vertreter der 11 Regionalen Ausschüsse.

c) je ein Vertreter der unterstützenden Organisationen. Diese sind zur Zeit: Deutsche Friedensgesellschaft, Internationaler Versöhnungsbund, Verband der Kriegsdienstverweigerer, Internationale der Kriegsdienstgegner, Naturfreundejugend, Kirchliche Bruderschaften, Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Kampfbund gegen Atomschäden, Komitee gegen Atomrüstung, Quäker.

d) Die Kuratoren haben Zugang zu jeder Sitzung des ZA.

3. Örtliche Ausschüsse sind die Arbeitsgruppen der Mitarbeiter der Kampagne, die die organisatorische Arbeit leisten und die Kampagne ausbreiten helfen. Örtliche Ausschüsse bestehen in allen Großstädten der Bundesrepublik.

4. Die zehn Regionalen Ausschüsse koordinieren die Arbeit in den jeweiligen Regionen. Sie setzen sich in der Regel zusammen aus je zwei Vertretern der in der Region arbeitenden Örtlichen Ausschüsse. Die regionalen Ausschüsse können Örtliche Ausschüsse, die gegen die Grundsätze des Ostermarsches verstoßen, auflösen.

Die Arbeit des Ostermarsches wird unter dem Zeichen der Internationalen Atomwaffengegner und der Internationalen Kampagne für Abrüstung durchgeführt. Das Zeichen stellt die beiden Buchstaben N D (Nuclear Disarmament = Atomare Abrüstung) des Flaggenalphabets dar.

Die Finanzierung der Kampagne erfolgt durch freiwillige Spenden von Förderern der Kampagne, die an keine politischen Bedingungen geknüpft sein dürfen.



Kuratorium der Kampagne

Frank Allaun, House of Commons, London; Hedwig Born, Bad Pyrmont; Dr. Margherita von Brentano, Berlin; Benjamin Britten, Aldburgh/England; L. John Collins, Domherr, London; Herbert Faller, Frankfurt/M.; Professor Dr. Ossip, K. Flechtheim, Berlin; Christian Geißler, Hamburg; Prof. D. Helmut Gollwitzer, Berlin; Dr. Werner G. Haverbeck, Valdorf; Prof. Dr. Gustav Heckmann, Hannover; Prof. Dr. Hans-Joachim Heydorn, Frankfurt; Heinz Hilpert, Intendant, Göttingen; Dr. Robert Jungk, Wien; Dr. Erich Kästner, München; Dr. Arno Klönne, Bochum; Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg DD, Dortmund; Christel Küpper, München; Dr. Armin Prinz zur Lippe, Detmold; Prof. Wilhelm Maler, Hamburg; Doz. Dr. med. Bodo Manstein, Detmold; Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Wiesbaden; Professor Katharina Petersen, Hannover; Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S., London; Prof. Dr. L. Ruzicka, Zürich; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Martin Schröter, Studentenpfarrer, Heidelberg; Konrad Tempel, Ahrensburg/Holst.; Helga Tempel-Stolle, Ahrensburg/Holst.; Prof. Dr. Heinrich Vogel, Berlin; Prof. D. E. Wolf, Göttingen.



Wolfgang Neuss und Joan Baez beim Ostermarsch 1966

Adressen der Kampagne:

Geschäftsstelle:

Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner, Zentraler Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Buchrainweg 161, Telefon 0611 — 88 60 51/52, Postscheckkonto Frankfurt 62 55, Girokonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach, Konto Nr. 740 633

Redaktion der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG:

Christel Beilmann, 463 Bochum, Ketteler Str. 14, Tel. 0 23 21 — 3 52 10

Regionalausschüsse:

RA Berlin: Kampagne für Abrüstung, Berlin 12, Schlüterstr. 48

RA Nord: Günter Lübcke, 2 Hamburg-Berne, Beim Farenland 2

RA Bremen: Detlef Dahlke, 28 Bremen 2, Wilhelm-Wolters-Str. 50a

RA Niedersachsen: F. Schöbel, 33 Braunschweig, Wurmbergstr. 32

RA Ostwestfalen/Lippe: Kurt Vogelsang, 48 Bielefeld, Marktstr. 8

RA West: Kampagne für Abrüstung, RA West, 46 Dortmund, Humboldtstr. 12

RA Hessen/Rheinland: Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648.

RA Baden/Pfalz/Saar: Dr. Hannelis Schulte, 6904 Ziegelhausen, Sitzbuchweg 14

RA Württemberg/Bodensee: Wolfgang Killguss, 7012 Fellbach, Lindenstr. 12

RA Bayern-Süd: Gerhard Schmid, 89 Augsburg, Äußeres Pfaffengäßchen 2/I

RA Bayern-Nord: Horst Klaus, 85 Nürnberg, Passauer Str. 62 III

Wir bitten um Mitarbeit

Durch Aufklärung, Diskussion und Aktion wirkt die Kampagne für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung. Sie wird nicht aus Reptilienfonds gespeist, sie hat keinen (durch Steuergelder zwangsfinanzierten) hauptamtlichen Mitarbeiterstab (wie die großen Parteien), sie kann nicht auf die Sympathie der Springer-Presse rechnen. Die Kampagne braucht deshalb die freiwillige Mitarbeit eines jeden einzelnen. Sie bittet um Mitarbeit in ihren örtlichen Ausschüssen, um Hilfe bei der Verbreitung ihres Materials, um finanzielle Hilfe für die Herausgabe von Flugblättern, Informationsmaterial und für die Aufgabe von Annoncen in den großen Zeitungen. Wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle der Kampagne für Abrüstung, Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Tel. 886051, Postscheckkonto Frankfurt/M. 6255; Bankkonto 740633 Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach/M.

Abonnieren Sie die INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG
Erscheinungsweise: zwölfmal jährl., Jahresabonnement DM 8,-
605 Offenbach 4, Postfach 648.

Stellungnahmen zur Kampagne



Bertrand Russell:

„Ich begrüße die Ostermärsche in der Bundesrepublik Deutschland. Sie demonstrieren den Wunsch eines großen Teiles des deutschen Volkes nach Beendigung des kalten Krieges in Mitteleuropa. Es ist bewegend, zu erfahren, daß Menschen in Deutschland den Mut haben, sich öffentlich der Militärpolitik und der sterilen Politik ihrer politischen Führer zu widersetzen. Wenn die Regierung in Bonn wirklich an ihre Parolen von Frieden und Freiheit glauben würde, würde jedes Mitglied dieser Regierung die Ostermärsche begrüßen.“

Martin Walser:

„Meine Meinung: man muß wahrscheinlich Militärfachmann sein, um noch zu glauben, ein Atomkrieg sei zu gewinnen. Wir haben die Wahl, im nächsten Krieg als Mitschuldige oder als Unschuldige umzukommen. Wem da die Wahl schwerfällt, mag seine dumme Hoffnung auf Atomwaffen bauen. Für mich ist jeder, der uns mit Atomwaffen ausrüsten will, asozial; ganz gleich, ob er es als Ingenieur, Offizier, Journalist oder Wähler tut.“

Dr. Robert Jungk:

„Mehr und mehr stellt sich heraus, daß die Ostermärsche in aller Welt zum eigentlichen Motor, zum stärksten Antrieb der Friedensbewegung geworden sind. Die Ostermärsche sind Anziehungspunkt und Sammelbecken für alle Menschen geworden, die nicht resignieren wollen, sondern ihren Einfluß für eine sinnvolle, vernünftige, für eine schönere Weltordnung in die Waagschale werfen. Wir alle sind nicht nur Verteidiger des Lebens gegen die Möglichkeit milliardenfachen Atomtods, sondern sind vor allem auch Vorläufer, Pioniere eines neuen menschlicheren Denkens. Als Historiker, der sich besonders mit der Geschichte der Erneuerungsbewegung befaßt hat, wage ich vorauszusagen, daß die Geschichtsschreiber des dritten Jahrtausends die Ostermarschbewegung als sichtbaren Beginn eines neuen, reiferen, zukunftsbezogenen Denkens sehen werden.“

Oberkirchenrat Helmut Rößler:

„Ist es wirklich so unvernünftig, durch Protestmärsche dafür einzutreten, daß folgende Ziele zum Gegenstand der politischen und moralischen Anstrengung aller Völker gemacht werden:

Einstellung der Kernwaffenversuche, Verhinderung der Ausdehnung des Besitzes von Atomwaffen, Verträge über atomwaffenfreie Zonen, Verzicht auf Produktion von weiteren Atomwaffen. (Also nicht einseitige Vernichtung der vorhandenen Bestände!). So zu lesen im Aufruf der Kampagne.

Wir fragen: Befindet sie sich damit nicht in guter Gesellschaft? Vor acht Jahren haben 16 deutsche Kernphysiker sich öffentlich geweigert, weiterhin an der Atomforschung für Kriegszwecke teilzunehmen und stehen meines Wissens heute noch dazu. Im Dezember 1957 hat die vorletzte Synode der EKD feierlich erklärt, daß „sie alle Massenvernichtungsmittel und alle Versuche, sie zu rechtfertigen“, verwerfen müsse, und vor einer Fortsetzung der selbstmörderischen atomaren Bewaffnung deutscher Armeen in Ost und West gewarnt. Ich frage: Ist es Unvernunft, für solche Ziele auf die Straße zu gehen, wenn man der Überzeugung ist, daß weder Regierung noch Parteien noch öffentliche Meinungsbildung die Bevölkerung in genügender Weise über solche Tatbestände aufklären?“

Fritz Baade, Kiel, seinerzeit Bundestagsabgeordneter der SPD, weltbekannter Wirtschaftswissenschaftler, Autor des Buches „Der Wettlauf zum Jahre 2000“:

„Sie wissen, wie sympathisch ich Ihren Bestrebungen gegenüberstehe. Ich würde mich freuen, wenn es diesmal mein Terminkalender erlauben wird, daß ich selbst am Ostermarsch teilnehme.“ Zu dem Argument, daß der SPD-Vorstand die Beteiligung von Kommunisten beim Ostermarsch fürchte und deshalb den Sozialdemokraten vom Ostermarsch abrate, meinte Baade: Da sei doch die beste Lösung, daß möglichst viele prominente Sozialdemokraten mitmarschieren.“



Anthony Greenwood, britischer Minister und einer der Vorsitzenden der Labour-Party:

„Wir haben uns zusammengefunden und wir werden an Ostern marschieren, nicht als Kameraden in Waffen, sondern als Kameraden gegen die Waffen. Überall in der Welt werden Millionen für dieses Ziel marschieren. Die Bewegung ging aus von Großbritannien, hat Wurzeln geschlagen in Frankreich und ist bereits zu einer starken oppositionellen Kraft in Deutschland geworden. Die Entwicklung unserer Bewegung in diesen drei Ländern wird die Weltlage revolutionieren.“



Helmut Gollwitzer

„... endlich einmal muß man nicht Deckung nehmen, wenn Deutsche zu marschieren anfangen. Diesmal marschieren sie nicht, bis alles in Scherben fällt, sondern damit nicht alles — wieder und noch mehr! — in Scherben fällt. Diejenigen Deutschen marschieren, die früher als die Mehrheit gemerkt haben, worum es heute geht. Es ist die Demonstration der Vernunft, der Freiheit und der wahren Vaterlandsliebe.“

Marie Luise Kaschnitz:

„Wer sich am Ostermarsch beteiligt, schämt sich nicht einzugestehen, daß er Angst hat, Angst vor dem Leid und dem Sterben seiner Kinder, Angst vor der Vernichtung alles dessen, was seinem Leben und seiner Arbeit einen Sinn gegeben hat. Er ist ein Gegner der Gewaltpolitik und der Atomwaffen; der ewige Frieden ist für ihn keine Utopie, sondern eine Hoffnung.“



Martin Niemöller

„... Wir rüsten uns jetzt wieder für die Ostermärsche, und wir dürfen und sollen das mit großer Zuversicht tun ...“ „... Wir wollen Menschen und Völker davon überzeugen, daß die Anwendung von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Menschlichkeit ist, dem sich alle Menschen entgegenstellen müssen.“

Für Abrüstung Für Entspannung